Berliner Tageblatt

XI. Jahrg. Nr. 9

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

1. März 1922

cheint jeden Mittwoch. Abonnementspreis für das sland jährlich 240 Mark (vierteljährlich 60 Mark) unter reuzband postfrei ab Verlag der „Wochenausgabe s Berliner Tageblatts", Berlin SW 19. In Deutsch- nd und Deutsch-Oesterreich und Ungarn auch durch die ostanstalten zum Preise von 50 Mark vierteljährlich exkl. ostanfschlag lieferbar. Druck und Verlag von Rudolf osse, Berlin. Telegramm-Adresse: „Berliwoch", Berlin.

Zeilenpreis 10 Mark (Rudolf Mosses Normalzeilenmesser 4). Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Breslau, Schweidnitzer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstrasse 20–22, Frankfurt a. M., Zeil 123, Hamburg, Jungfernstieg 1/2, Halle a. d. S., Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grimmaische Str. 27, Magdeburg, Breiteweg 12, Mannheim, Planken O 4, 6, München, Theatinerstr. 3, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Vaclavské nam. Palais „Koruna", Stuttgart, Königstrasse 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Marschalkowska 124, Basel, Marktplatz 18, Zürich, Limmatquai 34.

Die grosse Linie.

Von

Staatsminister a. D. Oeser.

Soll man nach den Ereignissen der letzten Wochen nicht en Augenblick innehalten und nachdenken? Nachdenken er die Lage Deutschlands und das fast noch erschreckendere erhalten deutscher Parteien in dieser Lage? ich will über den Beamtenstreik nicht mehr reden. Er hatte hr seine zwei Seiten. Aber unleugbar schien er unser Staatsesen wieder etwas weiter zu stossen — dem Abgrunde zu! m kommt Genua, das so wenig eine Lösung bringen wird ie Cannes, das aber doch eine Etappe weiter in unserem Ringen n Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeit werden wird. Sollte an nicht meinen, müsste man nicht überzeugt sein, unser gemtes Volk hätte heute keinen anderen Gedanken als Genua? nsere Führer, unsere Presse, unsere Wirtschaftskreise beschäften sich ausschliesslich damit, wie in Genua unsere Interessen n wirksamsten vertreten werden könnten, wie unsere Lage dort n besten zur Kenntnis der Welt gebracht und unser Anspruch f Gerechtigkeit vor ihr erhoben werden kann? Würde man er auf der Strasse die Vorübergehenden nach Genua fragen, er wüsste zu antworten, und wer wäre nicht unwillig, durch ne derartige Frage in seinen Gedanken über die Hinausetzung er Butterpreise, über eine Börsenspekulation oder über den ichsten Tanzabend gestört zu werden? . . .

Ist es nicht notwendig für uns, wie in einem unterhöhlten eschäftshaus schonungslos die Bilanz zu ziehen? Wo sind nsere Aktivposten? Unsere blühenden Niederlassungen im uslande, unsere Auslandsguthaben, nsere Kabel und Kolonien, unsere andelsflotte, wo sind sie? Was hat ns der unselige Krieg an Menschen, n Sachgütern, an stetiger, zielstreiger Produktion gekostet? Was hat ie Entente noch hinterher seit Waffenstillstand an kostbaren Werten bei uns zerstört, nur um unsere Leistungsfähigkeit dauernd und ins Mark zu treffen? Dieselmotoren, Flugzeuge, Deutsche Werke usw. kennzeichnen diese Richtung. Was st uns an Eisenerzen, an Kohle, an landwirtschaftlicher Nutzfläche genommen oder beschränkt worden? Lothringen, Saar und Oberschlesien erzählen laut, welche Absichten hier verfolgt worden sind. Um unsere Ausfuhr nicht wieder aufkommen zu lassen, mit der doch unser Broterwerb verbunden ist, hat der Friedensvertrag uns die Meistbegünstigung genommen, sie aber einseitig den 27 Feinden bei uns eingeräumt, die noch weiter versuchen, durch Dumpingmassnahmen unsere Waren von ihren Märkten wegzutreiben. Das ist die eine Seite der Bilanz.

Was steht auf der anderen, auf der Passivseite?

Die Kosten des Krieges, unsere eigenen und die der anderen, sollen nach dem im Versailler Vertrag kodifizierten Willen der Sieger einseitig dem deutschen Volke auferlegt werden. Ist es nicht grotesk, wenn die Franzosen jetzt gar noch Sowjetrussland mit der Aussicht zu locken suchen, auch der russische Wiederaufbau könne Deutschland in Rechnung gestellt werden? Diese Phantasterei findet leider in dem Vertrag eine Stütze, wie es ja kaum ein Ding gibt, das man auf Grund dieses oktroyierten Instrumentes Deutschland nicht ansinnen könnte! Natürlich nur mit dem Rechte des Stärkeren. Und auch die Rechte des Stärkeren, die man im Versailler Siegestaumel für unbegrenzt erachtete, gelten nur insoweit, als sie mit den physischen Grundlagen des Lebens im Einklang stehen. Der Stärkere vermag den Schwächeren zu vernichten, aber er kann an ihm keine Ansprüche realisieren, die über dessen reale Kraft hinausgehen. Um die Anerkennung dieses einfachen Erfahrungsgesetzes geht es in Genua, geht es zwischen uns und der Entente — unter gespannter Aufmerksamkeit in England und Frankreich, auch in den Vereinigten Staaten, aber unter erkennbarer Teilnahmlosigkeit des am direktesten betroffenen deutschen Volkes und seiner gewählten Vertretung. Nach ungeheurer Anstrengung in der Erfindung neuer Steuern schliesst der Reichshaushalt mit 16½ Milliarden Mark Ueberschuss ab, und die Betriebsverwaltungen sind durch Tariferhöhungen „saniert". Ist das nicht wirklich grossartig? Die Tariferhöhungen, der Abbau der Brotzuschüsse und verschiedene andere Dinge rufen zwar eine neue furchtbare Teuerungswelle hervor, mit der alsbald ein erneuter Wettlauf zwischen Lohn und Preis mit dem naturbedingten Sieg des letzteren eingesetzt hat, aber so etwas muss auf Verlangen der Entente ertragen werden. Nebenbei bemerkt geht dabei die Sanierung der Betriebe alsbald wieder totsicher in die Binsen und sämtliche Etats des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw. brechen krachend auseinander. Also dieser Weg ist aussichtslos, er führt uns tiefer in das Elend und bringt uns mit mathematischer Sicherheit den Fortgang des Geldentwertungsprozesses. Denn hier liegt die treibende Kraft, das eigentliche Grundübel nicht, dessen Symptome lediglich in dem Zerbrechen aller Etats zutage treten, das Grundübel liegt in unserem Verhältnis zur Entente, das heisst zum Friedensvertrag.

Unsere Zahlungen im laufenden Jahr sollen „gnadenweise" nur 720 Millionen Goldmark und 1450 Millionen Gold Sachlieferungen betragen, wozu dann die Aussaugung unserer Wirtschaft durch Besatzung, Kommissionen und sonstige Nebenleistungen hinzutreten. Es handelt sich also um 2170 Millionen Gold, rund 100 Milliarden in Papier, die durch Steuern nicht mehr aufgebracht werden können, die ebenso unsere eingeengte Ausfuhr (siehe oben!) auch nicht entfernt als Ueberschuss ergeben kann — sie sind einfach in dem verkleinerten, geschwächten und geknebelten Deutschland nicht da. Sachleistungen versprechen gegenüber Barleistungen ein valutarische Erleichterung, im Grunde aber stellen auch sie eine dauernde Blutentziehung dar und führen zu den stärksten chlorotischen Uebeln. Es ist wirklich kein Geheimnis mehr, es muss aber immer wieder scharf formuliert zum Ausdruck gelangen, dass es für Deutschland keine wirtschaftliche oder finanzielle Möglichkeit gibt, dauernd den Ansprüchen des Versailler Friedens gerecht zu werden. Keynes ist mit seinen Darlegungen völlig im Rechte und ebenso die Londoner City, wenn sie durch die Bank von England unter den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschland für kreditunfähig erklären lässt. Auf den Stand unserer Finanzen einzugehen, erübrigt sich; aber auch unsere Wirtschaft leistet es nicht. Jetzt nicht und niemals! Nicht durch Inlandsproduktion und nicht durch Ausfuhr, nicht durch Steuern und letzten Endes auch nicht durch Sachwerte.

Das ist nach meiner Meinung der Kernpunkt aller unserer Probleme, unserer finanziellen Zerrüttung, wie des Umstandes, dass unsere Preise mit der Schnelligkeit eines Windhundes davonjagen; es ist die letzte Ursache des jüngsten Streikes und des tiefen Unbefriedigtseins über unsere Zustände. Weil sie hoffnungslos erscheinen und bleiben, bis nicht die uns angesonnenen Leistungen in die Grenzen unserer Fähigkeit zurückgedrängt sind. Es gibt nur eine Aufgabe einer zugleich deutschen und nationalen Politik, nämlich diese. Alle Aufmerksamkeit der ganzen Nation, alle Kunst ihrer Staatsmänner, alle Willigkeit der Parlamente muss ihr — ihr allein unter Zurückdrängung aller hinderlichen Momente! — gewidmet sein. Denn es ist die Frage unserer Existenz, unseres Fortbestehens. Die erste Bedingung für uns ist deshalb der Wiederaufbau

Hollandtage in Berlin,

veranstaltet vom Verein zur Förderung der Hollandkunde im Ausland und der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft.

Sitzend von links nach rechts: Dr. jur. H. C. Dresselhuys, Abgeordneter der holländischen Zweiten Kammer, Haag; Exz. v. Harnack; de Kanter, Abgeordneter der Zweiten Kammer und Stadtrat von Dordrecht; Exz. Baron Gevers, holländischer Gesandter in Berlin; Oberbürgermeister Boess, Berlin; Geh. Rat Prof. Dr. Nernst, Rektor der Universität Berlin. Stehend von links nach rechts: Prof. Goerke, Direktor der „Urania", Berlin; Dr. med. de Hartogh, Arzt, Mitglied des Provinziallandtags von Nord-Holland, Amsterdam; Max Blokzijl; Reichsminister des Innern Dr. A. Köster; Stadtbaurat Hoffmann; Staatsminister Dr. Drews; Archivrat Dr. P. Oswald; Dr. phil. et jur. H. Schumacher, Geh. Regierungsrat und ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

einer Aussenpolitik, die von einem nationalen Willen getragen ist und sich bewusst auf den Boden der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen stellt. Das ist um so dringender, als Frankreich in aller Deutlichkeit den Versuch einer neuen Einkreisung Deutschlands unternimmt. Ich frage: was tut der Reichstag, um eine solche Aussenpolitik zu ermöglichen? Er sucht geradezu nach Schwierigkeiten, die er ihr hindernd in den Weg stellen kann. Wirth hat in Rathenau einen Mann an diese Stelle gebracht, der die Fähigkeit besitzt, die Verhältnisse zu erfassen und der Politik Richtung zu geben. Wird die Vertretung des gefährdeten deutschen Volkes ihm diese Möglichkeit gestatten? Wirth hat seinerseits mit einem genialen Blick für das Reale den Versuch unternommen, durch das Experiment zu beweisen, dass und warum der Vertrag von Versailles unausführbar ist. Gewiss ist dieser Weg gefährlich, aber nicht gefährlicher als der des unveränderten Weiterbestehens des Vertrages. Gewiss erfordert er schwere Opfer, aber er ist eine Möglichkeit, und diese Möglichkeit gewinnt in noch verschwommenen Umrissen bereits etwas Gestalt, wenn ihr Erfolg auch trotz Genua nicht ein sofortiger sein wird. Und dieser Weg ist notwendig, weil unsere Gegner uns gegenüber durchaus nicht guten Willens sind, weil sie uns grundsätzlich nicht glauben wollen, also nur durch unzweifelhafte Tatsachen überzeugt werden können, soll das erreicht werden, was für unser Weiterbestehen, für unsere Lebensmöglichkeit unerlässlich ist. Und wie stellt sich nun der Reichstag zu dieser grossen Schicksalsfrage? Begreift er seine Aufgabe vom Standpunkt der deutschen Interessen oder vom Standpunkt der Parteipolitik?

Alle Politik muss von Tatsachen ausgehen und sie muss eine grosse Linie haben. Diese Linie muss erkennbar zu einem Ziele führen, dessen Erreichung den Interessen der Gesamtheit entspricht. Bei den ungeheuren Aufgaben, die der deutschen Politik gesetzt sind, kann nur eine Politik grossen Stils das niedergebeugte Volk wieder aufrichten. Vergleicht man aber die Linie, die ein erheblicher Teil unserer Volksvertretung verfolgt, mit den zu lösenden Aufgaben, so wird das Urteil von jedem Standpunkt aus hart und streng ausfallen müssen. Und das Urteil der Geschichte wird einst nicht günstiger lauten! Es ist immer wieder die alte Erscheinung, unser chronisches Uebel, dass für die meisten Parteien ihr taktischer Vorteil, ihre kleine Wählerpolitik oder der Ehrgeiz von Führern minderen Formates wichtiger ist, als die grosse Linie unserer innen- und aussenpolitischen Wiederaufrichtung. So wenigstens erscheint es dem interessierten Beobachter, der als Bürger das leidende Objekt dieser Politik ist. Immer dasselbe abstossende, aufregende und niederdrückende Schauspiel, dass vor jeder grossen Entscheidung um relativ Kleines gefeilscht, die karge Zeit durch Unterhandlungen vergeudet und in zwölfter Stunde mit Ach und Krach irgend etwas zustandegebracht wird. Die zur Leitung berufenen Personen zerreiben ihre Arbeits- und Nervenkraft in Dingen, die verhältnismässig untergeordnet sind, und kommen erschöpft, zermürbt und aufgeregt zu den entscheidenden Verhandlungen.

Nun meint freilich die Gegenseite, sie vermisse den einheitlichen, nationalen Willen und suche ihn zu schaffen. Derartige Redensarten verfangen wirklich nur in einem so unpolitischen Volke wie dem unsrigen.

Ich habe oben zu zeigen versucht, welches das Kernproblem aller unserer Politik sein muss. Man kann den Versuch unternehmen, den Friedensvertrag zu erfüllen, wie Wirth es tut, man kann die Erfüllung auf jede Gefahr hin verweigern, was ich gegenwärtig für die schlimmste Katastrophenpolitik halten würde, aber man darf die zugestandene Erfüllung unter keinen Umständen sabotieren wollen. Das wäre das, was uns sicherlich den grössten und dauerndsten Schaden brächte, indem es die ungünstige Meinung über die Ehrlichkeit deutscher Politik bestätigen und ungefähr das sein würde, was Poincaré und seine Freunde für ihre Politik wünschen und brauchen. Sieht man selbst von der Frage ab, welcher Weg der richtige ist, so ist es in allen Ländern mit zielbewusster Aussenpolitik als richtig anerkannt, dass die öffentliche Meinung sich geschlossen hinter jene Politik stellt, für die eine Mehrheit und eine Regierung eintritt; in diesen Dingen stellt die Minderheit Bedenken und Einwände hinter die nationalen Notwendigkeiten zurück. Die Linie der offiziellen deutschen Politik ist die Erfüllung. Mir scheint es deutsch und national, diese Tatsache als solche zu werten, da der innere Kampf hierüber lediglich erzielen kann, dass die Opfer umsonst gebracht werden und neues internationales Misstrauen entstehen muss. Denn in dieser Politik unterliegt, sollte sie scheitern, nicht diese oder jene Regierung, sondern Deutschland. Eine solche Niederlage zu wollen, wäre undeutsch im eigentlichen Sinne. Jedenfalls ist es höchste Zeit, dass das deutsche Volk sich über eine bestimmte Linie seiner Politik entscheidet. In Fragen der Aussenpolitik bindet die Mehrheit die Minderheit, weil es darin nur einen Weg unter Ausschluss aller anderen geben kann.

Bei dem Streit um das Ultimatum, bei den Regierungsbildungen, beim Steuerkompromiss, in der Frage des Beamtenstreiks: immer und ewig dasselbe ärgerliche, peinliche und doch erschütternde Schauspiel der Parteipolitik ohne Linie und ohne erkennbares Ziel. Es scheint wirklich, als seien die grossen Weltereignisse im Reichstag unbemerkt geblieben, damit die Parteien ihr Spiel in der alten, gewohnten Weise fortsetzen können. Sie wollen sich taktisch von den Nebenparteien abheben und so den Wählern imponieren. Als Wähler imponiert mir das aber nicht, ich will überhaupt keine Rücksicht auf mich, ich verlange aber mit allem Nachdruck Rücksicht für den Staat. Anerkenntnis der Staatsnotwendigkeiten über alle Parteiinteressen hinweg. Petersen hat das neulich sehr treffend dargelegt und ich hoffe, dass wenigstens die demokratische Fraktion von dieser Linie nicht mehr abweicht.

Unser chronisches Leiden ist das Ueberwuchertwerden verständiger politischer Gedanken durch parteitaktische Interessen — die allzu kleine Linie der Reichstagspolitik, die in einem immer fühlbareren Missverhältnis zu den durch unser Schicksal uns auferlegten ungeheuren Aufgaben steht. Die Fühlung zwischen Wählern und Gewählten schwindet, damit lässt auch das Interesse an dem Geschehen nach und es entsteht die Gefahr wachsender Teilnahmslosigkeit an den öffentlichen Dingen. Die Wahrer der demokratischen Republik sollten diese Gefahr, in einer Demokratie der schlimmsten eine, nicht übersehen. Das letzte Mittel dagegen ist, wenn die Unverantwortlichkeit der Parteien weiter so ins Kraut schiesst, wie letzthin die Reichstagsauflösung und die Berufung an das Volk. Soll aber eine solche wirkliche Besserung bringen, dann setzt sie vorher einen Erziehungsfeldzug voraus, der dem Volk die Erkenntnis der grossen Probleme vermittelt. Hier liegen meines Erachtens die Aufgaben, die ein leitender Staatsmann vor Augen haben muss, will er der deutschen Politik die ihr vor allem nötige Zielsicherheit verschaffen. Als Wähler wende ich mich mit aller Entschiedenheit gegen die so oft jetzt zutage getretene Unzulänglichkeit des Reichstags und verlange von ihm die Tatsachenpolitik, nach der wir uns bangen und sehnen.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse (III).